Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

28.3.1886 (No. 74)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 28. März.

№ 74.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1886.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unterm 20. März ds. J. gnädigst geruht, dem Privatdocenten Dr. Isidor Steiner an der Universität Heidelberg den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 27. März.

Das Verhalten der Opposition im **Deutschen Reichstag** erfährt heute von der „Times", indem dieselbe an die gestrige Reichstagsrede des Fürsten Bismarck anknüpft, eine scharfe Verurtheilung. Die „Times" bemerkt in ihrer Besprechung der Rede des Reichskanzlers, Fürst Bismarck habe sich ein Recht darauf erworben, daß man ihm in Bezug auf die Wahrung der Interessen des Deutschen Reiches Vertrauen schenke, während man dasselbe nicht vom Reichstage sagen könne, da dieser seine Fähigkeiten für die Handhabung großer Angelegenheiten erst noch zu beweisen habe. Die vom Reichskanzler an dem Reichstage geübte Kritik sei daher eine nur zu wohl begründete.

Der Gang der Streikbewegung in **Belgien** läßt sich ziemlich genau verfolgen; von Lüttich aus verbreitete sie sich über den ganzen Lütticher Industriebezirk und hat sich nun, während in diesem Bezirke ein allmähliches Nachlassen der Aufregung konstatirt wird, nach Charleroi verpflanzt, wo sie den letzten Nachrichten zufolge fast das ganze dortige Kohlengebiet erfaßt hat. Charleroi ist gegenwärtig als das Hauptquartier der revoltirenden Arbeiterbewegung anzusehen. Im Gegensatze zu den Meldungen aus Lüttich, die von einer erheblichen Besserung der Lage sprechen, indem in Seraing, Flemalle, Jemeppe und Tilleur die Ruhe wieder hergestellt und die Zahl der Streikenden im Abnehmen sei, lauten die Nachrichten aus Charleroi sehr unerfreulich. Der „Indépendance belge" zufolge haben im ganzen Kohlenrevier von Charleroi ernste Ruhestörungen stattgefunden. Banden von Streikenden drangen in die Kohlengruben, Walzwerke, Glashütten und Gießereien ein und bedrohten die nicht streikenden Arbeiter. Sie zerstörten in Lodelinart, Verrerie, Modron und Dordolet alles. Der Streik gewinnt namentlich dadurch an Ausdehnung, daß die Streikenden die anderen Grubenarbeiter am Weiterarbeiten durch Einschüchterung und Gewalt verhindern. Bei den Gruben in Chatelineau, Forges und Agos fanden Zusammenstöße mit der Gendarmerie statt; es gab 5 Schwerverwundete. Zugleich wird von Feuersbrünsten berichtet, die unzweifelhaft von den Anarchisten herbeigeführt worden sind. Die Brauerei Binard und die Holzwaarenfabrik Piette in Chatelineau, sowie die Glashütte Baudoux in Jumet sollen in Flammen stehen. Zum Schutze Charleroi's, wo mehrfach Schlägereien mit Streikenden vorkamen, sind weitere 500 Mann Infanterie und eine Escadron Lanciers eingetroffen. Dieselben wurden nach den Eingängen der Stadt und andern Punkten dirigirt. Die Brücken, theilweise auch die Stadteingänge, werden von der Bürgergarde bewacht. Menschenansammlungen wurden an mehreren Punkten zerstreut. Eine der bedenklichsten und betrübendsten Erscheinungen ist sicherlich die, daß aus Lüttich Fälle von Insubordination unter den Militärmannschaften berichtet werden; ein Unteroffizier und drei Gemeine wurden wegen Insubordination verhaftet.

Daß man die in Charleroi entstandene Lage in den belgischen Regierungskreisen sehr ernst beurtheilt, geht aus einer Depesche aus Brüssel hervor, in welcher es heißt:

Der gestern abgehaltene Ministerrath, welchem der Bürgermeister von Brüssel, Buls, beiwohnte, beschloß, die Garnison Brüssels solle sich bereit halten, nach Charleroi abzurücken. Die Bürgergarde solle dann theilweise den Dienst der Brüsseler Garnison übernehmen.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin**, 26. März.

In der heutigen Sitzung des Reichstages hielt Abg. Heine (Sozialdem) seine Angaben über die gegen ihn im Gefängniß zu Halberstadt verhängten Zwangsmaßregeln den Behauptungen des Justizministers Dr. Friedberg und des Staatsanwalts Schöne gegenüber aufrecht. Die Novelle zum Zolltarifgesetz wurde in dritter Lesung genehmigt und alsdann in die zweite Berathung der Branntweinmonopolvorlage eingetreten. Nachdem der Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hertling den Standpunkt der Kommission näher dargelegt, ergriff sofort das Wort der

Reichskanzler Fürst Bismarck: Meine Herren, ich hege nicht die Hoffnung, auf die Abstimmung jetzt noch einen wesentlichen Einfluß auszuüben, halte es jedoch für meine Pflicht, dem Hohen Hause die Gründe darzulegen, die mich bestimmt haben, den Antrag auf Einführung des Monopols meinerseits auf's lebhafteste zu unterstützen. Allerdings werden ja nach der Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse wichtige Fragen in der Regel entschieden, bevor sie überhaupt zur ersten Lesung kommen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Zeit vom 22. Februar, wo die Vorlage an das Haus gelangte, bis zum 4. März, wo die erste Lesung stattfand, also die kurze Frist von 12 Tagen, für das Hohe Haus genügte, um eine Vorlage, an der die verbündeten Regierungen sechs Monate mit großer Sorgfalt gearbeitet haben, als vollständig unbrauchbar zu verwerfen. Die Thatsache aber, daß eine Kommission zur Begutachtung der Vorlage gewählt wurde, ließ mich hoffen, daß ausnahmsweise dennoch in dieser Kommission eine weitere Prüfung der Sache stattfinden könnte. Zweck der Wahl einer Kommission ist doch in der Regel das gesammte Ergebniß der Diskussion erster Lesung zu prüfen, namentlich nach den Thatsachen, Zahlen und Bedürfnißfragen, die geltend gemacht worden sind, um nachher dem Hause ein begründeteres Votum darüber geben zu können, als es der Einzelne vermag. Die Kommission hat es aber ohne Angabe von Gründen nicht für angemessen gefunden, darauf einzugehen. Ferner ist bei Einbringung der Vorlage die Bitte geäußert worden, dem Bestreben der Regierung die Mitwirkung nicht zu versagen. Nach dem Verlauf der Sache ist aber diese Mitwirkung absolut versagt worden. Sie haben es abgelehnt, die Richtigkeit der Angaben der Vorlage zu prüfen; Sie sind in überraschend kurzer Zeit damit fertig geworden; Sie haben es ferner abgelehnt, über die Art und Weise, wie dem von der Regierung nachgewiesenen Bedürfniß abzuhelfen sei, irgend eine weitere Andeutung zu geben. Man läßt uns eine Art Blindekuh spielen: man sagt uns nicht, wie wir es etwa besser machen könnten.

Der Kanzler erklärt ferner, auf Eugen Richters Behauptung, daß er (der Fürst) an der Gesetzgebung sein persönliches Interesse bethätige, halte er es unter seiner Würde zu antworten. Er müsse ihm dagegen sagen, daß er (Richter) seine Stellung als Abgeordneter für sein persönliches Interesse benutze. — Indem er sodann auf die Vorlage und auf Einzelheiten derselben überging, konstatirte er, daß es sich nicht um die Magnaten handle, sondern vielmehr um allgemeine landwirthschaftliche und industrielle Interessen.

Die wenigen Magnaten, von denen Herr Richter sprach, werden wohl meistens in der Lage sein, in der ich selbst bin, daß sie nicht nothwendig darauf angewiesen sind, auf Jahresüberschüsse ihrer Brennereien zu sehen, sondern daß sie die Krisis abwarten können. In ihrem Interesse würde es im Gegentheil liegen, daß man die Krisis nach Möglichkeit verschärft. Haben doch auch in den Zeiten der Ueberproduktion die reichsten Fabrikanten die Krisis dadurch verschärft, daß sie ihre Produkte noch wohlfeiler verkauften, und nachdem alle ihre Mitkonkurrenten zugrunde gegangen waren, waren sie konkurrenzlos und gingen mit den Preisen in die Höhe. Das würde auch in der Branntweinbrennerei der Fall sein, aber leider auf Kosten und zum Nachtheil der Arbeiter. Es handelt sich hier nicht bloß um die Frage der Brennerei, sondern ganz wesentlich auch um die Frage des Kartoffelbaues, worauf ich später noch zurückkomme. Jede Verminderung unseres Kartoffelbaues um einen Hektar entzieht einer Arbeiterfamilie ihre Existenz, und jede Vermehrung des Kartoffelbaues um einen Hektar gibt die Möglichkeit, eine Arbeiterfamilie mehr zu ernähren. Das finanzielle Bedürfniß haben alle Parteien mit Ausnahme der freisinnigen anerkannt. Nun muß das, was die deutsche Nation an Ausgaben bedarf, doch in irgend einer Gestalt aufgebracht werden, mag das Bedürfniß nun in dem Verwaltungsgebiet des Reichs, der Einzelstaaten oder der Gemeinden liegen, alles schöpft aus derselben Quelle und dient den Zwecken der deutschen Nation. Die meisten Ausgaben, die durch die neuen Einnahmen aus dem Branntweinmonopol gedeckt werden sollen, werden bereits jetzt geleistet, aber nur in einer unbequemern Weise aufgebracht. Gegenüber den unaufhörlichen Anforderungen beginne sich schon ein gewisser Widerstand zu organisiren. Die Volksschule, bisher ein Gegenstand der Liebe des Volkes, könnte sehr leicht wegen der Gemeinde- und Schullasten ein Gegenstand der Abneigung werden. Ich möchte aber auf die Bedürfnißfrage nicht weiter eingehen; ich will annehmen, daß die Mehrheit des Hauses das Bedürfniß nicht bestreitet. Wenn aber das Bedürfniß anerkannt ist, so handelt es sich doch um die Art der Aufbringung, und als bestes Mittel hierzu ist der Branntwein von vielen Seiten, namentlich von der Fortschrittspartei, früher anerkannt worden, so lange nicht die Regierung selbst dieses Mittel vorschlug; sobald die Regierung aber unternimmt, den Branntwein heranzuziehen, dann ist es etwas anderes, dann ist der Branntwein das Getränk des armen Mannes, an das man nicht rühren darf.

Wenn nun der Branntwein ein geeignetes Objekt zur Besteuerung ist, so fragt es sich, in welchem Stadium diese Besteuerung eintreten soll, ob im Stadium der Produktion oder der Konsumtion. Wenn Sie die Besteuerung im Stadium der Produktion verdreifachen wollen, so werden Sie statt 50 Millionen 150 Millionen Mark erzielen, also 100 Millionen mehr als gegenwärtig. Damit läßt sich das Ziel, die gesammte Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden zu überweisen, die Miethsteuer abzuschaffen und andere Wohlthaten herbeizuführen, nicht erreichen. Auf den Verbrauch wirkt diese Erweiterung der Steuer auch so gut wie gar nicht; der Preis des Branntweins würde dadurch nur in ganz geringfügiger Weise erhöht werden. Man würde durch eine höhere Besteuerung der Produktion lediglich die kleinen Brennereien ruiniren und für die reichen Brenner, die schlesischen Magnaten, die Herrn Richter vorschweben, die Konkurrenz beseitigen.

Ich glaube nicht, daß wir vor dem Gewerbe der Schankwirthe Halt machen und ihm zuliebe die Ungleichheiten in der Steuer, die Unzufriedenheit in der Provinz bestehen lassen sollen. Der Trunk im Hause übt bei weitem nicht den nachtheiligen Einfluß aus wie der Trunk im Wirthshaus, der das Familienleben untergräbt. Ich bin also der Meinung, daß man hier mit der Steuer eingreifen sollte, und wird das Monopol abgelehnt, dann werden wir Ihnen mit neuen Vorschlägen kommen, die darauf ausgehen, den Konsum des Branntweins zu besteuern. Die verbündeten Regierungen werden Ihnen vielleicht gleichzeitig mehr als eine Vorlage machen, damit die Kommission die Auswahl hat. Wenn die Vertreter des Bundesraths sich jetzt dazu herbeigelassen hätten, in der Kommission ihrerseits aus eigener Initiative Vorschläge für eine neue Vorlage zu machen, so würde man gesagt haben, die Regierung hat selbst das Monopol unter den Tisch fallen lassen, wie man von mir ja auch behauptet hat. An der neuen Vorlage wird aber jetzt schon im Bundesrath gearbeitet, da die Ablehnung des Monopols nicht mehr zweifelhaft sein kann; die Verantwortung für die Ablehnung werden Sie vielleicht noch später zu tragen haben. Herr Richter hat sich über die Eile gewundert, mit der zu Werke gegangen wird. Ja, ich habe das dringende Bedürfniß, weil ich die Zukunft nicht vorhersehen kann, im Interesse des Reiches zu arbeiten, so lange es mir gestattet ist, und deßhalb habe ich Eile. Ich bin alt und leidend, ich weiß nicht, ob ich noch lange thätig sein kann. Man hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich nichts thäte, um das Reich zu befestigen, so daß es, wenn ich einen Nachfolger haben muß, auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen kann. Dieser Vorwurf ist ungerecht. Auf dem Boden, auf dem die Herren das zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministern, mit Einführung der Kollegialität, mit Schwächung der Regierung, mit der Herrschaft der parlamentarischen Majorität, werden Sie das Reich nicht festigen. Die Befestigung des Reiches wird nur zu erzielen sein durch die Zufriedenheit aller Reichsangehörigen. Bei der ersten Lesung ist gegen die Monopolvorlage auch der Vorwurf erhoben, daß das Monopol die Macht des Staates stärke. Bei Errichtung des Deutschen Reichs war ich der Ansicht, daß die Hauptstütze für die Einheit desselben der Reichstag sein sollte. Zu den Dynastien hatte ich damals nicht das Vertrauen, aber auf den Reichstag hatte ich mein festes Vertrauen gesetzt. Wenn wir aber die Majorität des Reichstags ansehen, so werde ich da bedenklich gemacht durch den Umstand, daß die Intransigenten und dauernden Gegner des Reichs ihren Anschluß bei der Majorität finden; wenn ich sehe, daß diese Majorität den Beifall der Polen, der Welfen, der Sozialdemokraten hat, dann werde ich bedenklich, ob ich in dieser Majorität, der alle diese und andern Nuancen sich anschließen können, wirklich den sichern Angelpunkt der deutschen Einheit finden kann. Bei uns haben wir im Reichstag eine Majorität von der ich nicht glaube, daß sie als feste Stütze für die Zukunft des Reichs angesehen werden kann, weil sie sich auf nothwendig und prinzipiell reichsfeindliche Fraktionen stützt.

Ich halte es für meine Pflicht, nach meinen langjährigen Erfahrungen Ihnen auch die Sorgen, die ich für die Zukunft hege, nicht zu verhehlen und das, was ich befürchte, wenn auf diese Weise vom Reichstage seine Aufgabe fernerhin aufgefaßt werden soll. Sie könnten darauf erwidern, daß die verbündeten Regierungen ja das Mittel haben, den Reichstag aufzulösen. Dieses Mittel einer Auflösung würde aber wahrscheinlich nichts helfen. Die Verminderung des Gewichts, welches man in einzelnen Fragen der Auflösung zuweist, wird immer allgemeiner, je mehr man empfindet, wie es bei den Wahlen zugeht, wie einseitig die Wähler durch ihre Abgeordneten von den Vorgängen unterrichtet werden, wie man ihnen die Sache so darzustellen sucht, daß die Wähler sich selbst blamirten, wenn sie eine andere Wahl vornehmen sollten. Das Deutsche Reich kann Gefahren ausgesetzt sein, wenn dieselben auch nicht unmittelbar bevorstehen. Der Frankfurter Bundestag beruhte auch auf sehr bindenden Verträgen, gegen die sich gar nichts einwenden ließ, und schließlich widerstand er den Stürmen von 1848 nicht 24 Stunden, wurde wieder errichtet, aber nichtsdestoweniger 1866 von Preußen unter dem Beifall der großen Mehrzahl der deutschen Regierungen aufgelöst und beseitigt, weil er den Erwartungen, welche die deutsche Nation gehegt hatte, nicht entsprach, weil er ihre Bedürfnisse nicht erfüllte, und vorzugsweise, weil er die Realitäten nicht berücksichtigte, nämlich das Gebiet der Einzelstaaten, das Gebiet der Monarchie. 1866 herrschten dynastische Spaltungen, die Deutschland zerfetzten und Verstimmung erzeugten, welche die Länder und Völker in sich zerklüfteten. 1870 war das alles verschwunden. (Der Reichskanzler wirft bei dieser Gelegenheit einen Seitenblick auf die Verhältnisse in Frankreich und zitirt dabei den jüngst im Parlament gefallenen Ausspruch des französischen Kriegsministers, daß die Soldaten von heute Arbeiter von gestern und die Arbeiter von heute Soldaten von gestern seien, und führt dann fort:) Wenn es jetzt zu einem europäischen Kriege kommt, so werden die Verhältnisse viel komplizirter sein, als diejenigen, die wir hinter uns haben, die Verwicklungen werden zum Theil internationaler Natur sein. Wenn solche Bewegung kommt, so meine ich, muß das Deutsche Reich mit allen Zurüstungen, die wir ihm geben können, diesen Möglichkeiten gegenüberstehen. Wir haben seit 15 Jahren Frieden gehabt und haben denselben nicht ungenützt vorübergehen lassen, indem wir namentlich den Druck der öffentlichen Lasten zu mindern gesucht und mit der Durchführung der Sozialreform begonnen haben, von der allerdings die kostspieligste und schwierigste, die Alterversorgung, noch nicht in Angriff genommen worden ist. Dazu hätten wir wirklich Zeit gehabt, es ist noch tempus utile. Ich sehe keine Gefahren, die uns nahe bevorstehen, obschon ich sagen muß, vielleicht zum Schaden meiner diplomatischen Reputation, daß ich diese im Frühjahr 1870 auch nicht vorhergesehen habe. Aber deshalb eile ich mit Reformen, damit, wenn solche Krisen eintreten und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf eine Probe gestellt wird, wie sie dieselbe bisher nicht bestanden hat, man nicht sagen kann, daß wir das tempus utile des Friedens versäumt haben. Namentlich wünsche ich, daß in einem solchen Falle die Unzufriedenen möglichst wenig zahlreich sind, daß sich vor allen nicht der König von Preußen unter ihnen befinde. Der Konflikt von 1848 ist hauptsächlich durch Mißachtung der Realitäten in Deutschland hervorgerufen worden. Zu den Realitäten gehören die Regierung, die Armee und die Finanzen, und ich möchte Ihnen empfehlen, nicht weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, aber in meinem Interesse für das Deutsche Reich, doch die Vorlagen der Regierung im Interesse des Vaterlandes nicht so geringschätzig zu behandeln, wie es bei der Behandlung des Monopols in der Kommission der Fall gewesen ist. Ich bitte mir diese Form nicht zu verübeln. Ob ich noch im Jahre 1887 im Reichstage werde erscheinen können, steht ja bei Gott. Aber ich halte es für meine Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, die ich im

Dienste des Reiches gemacht habe, Sie zu warnen. Ich würde, wenn es nicht fast wie Ironie klänge, Sie noch heute bitten, nehmen Sie das Monopol an! Durch Annahme des Monopols befestigen Sie das Reich, durch Ablehnung desselben schädigen Sie das Reich! Wenn Sie aber das Monopol verwerfen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dann werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in kurzem zunächst eine neue Vorlage für ein Reichsgesetz behufs Besteuerung des Branntweins machen, hauptsächlich bei der Konsumtion, aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden, was ich noch nicht weiß, zu einer Besteuerung der Interessenten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonifikation auf deren eigene Kosten zu verbessern. Wenn Sie das auch wieder hergebrachtermaßen ablehnen, dann glaube ich, daß der König von Preußen sich der Noth, in welcher sich seine Unterthanen befinden, und der Thatsache, daß in seinen Staaten anderthalb Millionen Auspfändungen jährlich stattfinden, nicht länger wird verschließen können, sondern zu dem Mittel wird greifen müssen, zu sehen, was seine preußischen Hilfsmittel ihm erlauben aus der Gewerbe- und Lizenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Ueberzeugung, daß er dann bei der preußischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern versagt ist.

Es sprachen alsdann die Abgg. v. Helldorff, welcher erklärte, daß die konservative Partei nicht gegen die Vorlage stimmen wolle, sich aber der Abstimmung enthalten werde, Langwerth v. Simmern, v. Fischer, Richter (Hagen) und nochmals Fürst Bismarck, worauf die weitere Berathung auf morgen 11 Uhr vertagt wurde.

Deutschland.

* **Berlin**, 26. März. Se. Majestät der Kaiser empfing heute viele höhere Militärs, arbeitete mit dem Chefdes Zivilkabinets und unternahm Nachmittags die gewohnte Spazierfahrt.

— Nachdem der kaiserliche Gouverneur in Kamerun im vorigen Jahre für das dortige deutsche Schutzgebiet einen Verwaltungsrath eingesetzt hat, ist nunmehr, wie die „N. A. Z." mittheilt, auch für das Tongo-Gebiet durch Verordnung des kaiserlichen Kommissars vom 16. Januar d. J. eine gleiche Behörde ins Leben gerufen. Dieselbe besteht aus drei Mitgliedern, welche vom Kommissar alljährlich aus den Vertretern der dortigen europäischen Firmen gewählt werden, und einem Protokollführer. Den Vorsitz führt der kaiserliche Kommissar. In denjenigen Fällen, wo es sich um einheimische Verhältnisse handelt, können auch ein oder mehrere eingeborene Häuptlinge oder sonstige Sachverständige zur Theilnahme an den Berathungen zugezogen werden. Der Verwaltungsrath steht in allen lokalen Angelegenheiten dem Kommissar als berathende Behörde zur Seite; die zu erlassenden Verordnungen werden, soweit sie sich auf die Verwaltung des Schutzgebietes beziehen, demselben zur Begutachtung vorgelegt, wobei jedoch die Entscheidung dem Kommissar vorbehalten bleibt.

— Dem Ehrendomherrn und Probst Dinder in Königsberg ist mittelst allerhöchst vollzogener Urkunde vom heutigen Tage die landesherrliche Anerkennung als Erzbischof von Gnesen und Posen ertheilt worden. Zugleich verfügte der Kultusminister die Wiederaufnahme der Staatsleistungen für den Umfang des Sprengels der beiden vereinigten Diözesen mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar d. J. ab.

— Das Abgeordnetenhaus erledigte heute debattelos in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Staatsschuldbuchs. Dann folgte die erste Lesung der Kanalvorlage. Abg. Imwalle sprach gegen die Vorlage, die Hoffnung, durch den Rhein-Emshäfenkanal die englische Kohle von den deutschen Nordhäfen verdrängen zu können, sei unbegründet; Abg. Haugwitz erblickt in der Vorlage die endliche Erfüllung seit lange geäußerter Wünsche, speziell bezüglich des Oder-Spreekanals. Das Projekt des Dortmund-Emshäfenkanals müsse unabhängig von dem gewünschten Rhein-Elbekanal betrachtet werden. So wünschenswerth die Ausdehnung des Kanalnetzes sei, gebe doch die Technik des projektirten Emskanals zu Bedenken Anlaß. Er empfehle Kommissionsberathung. — Ministerialdirektor Schultz erklärt, die Regierung erkenne die Nothwendigkeit vermehrter Wasserstraßen an, sie habe gegenwärtig diejenigen beantragt, welche als die bedeutendsten erschienen. Der Rhein-Emskanal solle eine leistungsfähige Wasserstraße aus dem rheinischen Kohlenrevier nach der Nordsee schaffen. Redner trat der Ansicht entgegen, daß Eisenbahnen ebenso billig transportiren können, als Kanäle. Der Minister glaube, daß Eisenbahnen nicht allseitig den gleichen Ansprüchen genügen könnten, wie Kanäle. Durch letztere könnte eine wünschenswerthe Entlastung der Eisenbahnen herbeigeführt und viele Millionen gespart werden. Die Regierung entschloß sich trotz der ungünstigen Finanzlage dazu, die erforderlichen Summen zu verlangen, weil sie die Ueberzeugung hat, daß diese Kanalvorlagen dem Interesse der ganzen Monarchie dienen. Abg. Eichenscheidt ist gegen die Vorlage; der Emskanal werde die Ueberproduktion noch steigern. Abg. v. Natorp trat für die Vorlage ein und hob namentlich die wirthschaftlichen Vortheile hervor, welche der Kanal verspricht. Abg. Spangenberg beantragte Verweisung der Vorlage an eine einundzwanziggliederige Kommission. Abg. v. Heeremann erklärte sich für den Rhein-Emskanal; jeder Rückgang der westphälischen Kohlenindustrie würde unsägliches Elend herbeiführen. Die großen Kosten könnten nicht in's Gewicht fallen, wo es sich um eine große wirthschaftliche Anlage handelt; er bitte um sorgfältige Prüfung der Vorlage. Abg. v. Letocha ist gegen die Vorlage. Der Rhein-Emskanal lasse eine Verschiebung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu Ungunsten der schlesischen Montanindustrie befürchten. Redner plaidirte für eine Regulirung der oberen Oder. Geheimerath Wiebe versicherte, die Oderregulirung solle sobald thunlich erfolgen. Abg. Biesenbach trat noch für den Rhein-Emskanal ein, worauf die Fortsetzung auf morgen vertagt wurde.

Braunschweig, 26. März. Morgen vor dem Schluß des Landtages erfolgt die feierliche Abnahme des neuen Huldigungseides der Landtagsabgeordneten.

Frankreich.

Paris, 26. März. Der französische Botschafter in Petersburg, General Appert, hat heute dem Kaiser von Rußland sein Abberufungsschreiben überreicht. Der erste Botschaftssekretär, Ternaux-Compans, wurde mit der Führung der Geschäfte bis zur Ankunft des neuen Botschafters, des Generals Billot, beauftragt. — Die Budgetkommission der Deputirtenkammer hat Rouvier zum Präsidenten gewählt, mit 17 gegen 16 Stimmen, welche Clémenceau erhielt. Zu Vicepräsidenten wurden Heredia und Canstant ernannt. Rouvier sprach sich in seinem Bureau für die Herabsetzung der Anleihe auf 633 Millionen, gegen die Erhöhung der Steuern und für die Ausgabe einer 3 proz. Rente aus, falls eine Anleihe nöthig werde. — Kriegsminister, General Boulanger, erschien heute in beiden Kommissionen des Senats für den Gesetzentwurf über die Rekrutirung und über die Kolonialarmee und erklärte denselben, er nehme beide Gesetzentwürfe zurück und werde am 15. Mai dem Parlamente neue Vorlagen über die Rekrutirung und die Cadres für das Avancement und über die Kolonialarmee vorlegen. — Auf dem Boulevard Sebastopol ist es gestern Abend zu einer chinesenfeindlichen Demonstration gekommen. Gegen 7 Uhr machte der chinesische Gesandte mit seinem Gefolge eine Fahrt in die Stadt, um Einkäufe zu machen. Als der Gesandte aus einem Laden des Boulevard Sebastopol heraustrat, wurden die Wagen von etwa 200 Kerlen umringt, die riefen: „Nieder mit den Chinesen!" Zwölf Polizeibeamte eilten zur Hilfe und schritten gegen die Straßenbuben ein, welche die Chinesen an den Zöpfen zerrten. Die Polizisten trieben die Menge zurück und nahmen mehrere Verhaftungen vor; dann erst konnten die Chinesen weiterfahren. Der Gesandte bedankte sich bei den Polizisten für die geleistete Hilfe. — Die Grubenarbeiter in Montjean bei Angers verlangen eine Erhöhung der Löhne und drohen mit Arbeitseinstellung.

Großbritannien.

London, 27. März. (Tel.) „Daily Telegraph" erfährt, daß Chamberlain und Trevelyan gestern endgiltig demissionirten. Andere Mitglieder des Ministeriums dürften dem genannten Blatt zufolge nächste Woche ebenfalls demissioniren. Stansfeld wird als Nachfolger Chamberlains bezeichnet. — Im Unterhaus zeigte gestern Gladstone an, er hoffe, den Wortlaut seines Antrages, betreffend die Einbringung der Bill über die künftige Regierung Irlands, dem Hause am nächsten Montag oder Dienstag mitzutheilen. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Bryce, erwiderte auf eine Anfrage, in seiner Antwort vom 11. d. M. betreffs der Küste von Sansibar habe er von keinem Abkommen mit Frankreich oder Sansibar gesprochen. Das Einvernehmen mit Deutschland sei kein formelles. Die Regierung sei aber überzeugt, daß dasselbe beachtet werde. Eine Mittheilung darüber, wann die Arbeiten der Grenzkommission von Sansibar beendet sein würden, sei noch unmöglich. — Im Oberhaus erklärte Granville, die Okkupation der neuen Hebriden durch Frankreich anlangend, es unterhandle die Regierung in Folge der von der französischen Regierung angeregten Idee, die australischen Kolonien möglicherweise anzunehmen, gegenwärtig mit Frankreich. Eine weitere Mittheilung darüber erscheine aber im gegenwärtigen Stadium unzweckmäßig. — Dem „Amtsblatt" zufolge wird der Packetpostverkehr mit Norwegen am 1 April eröffnet.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. März. Der König erließ heute ein vorläufiges Finanzgesetz für 1886/87 und motivirt dessen Schritt durch die Weigerung des Folkethings, die eingebrachte Budgetvorlage zu diskutiren. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, die bestehenden Steuern zu erheben und die nothwendigen Ausgaben zu bestreiten, jedoch die Budgetvorlage nicht zu überschreiten.

Rußland.

St. Petersburg, 26. März. Der Kaiser ist aus Gatschina eingetroffen. Derselbe empfing Nachmittags die außerordentliche bucharische Gesandtschaft, welche ein Schreiben des Emirs von Buchara und reiche Geschenke überbrachte.

Griechenland.

Athen, 26. März. Das Amtsblatt publizirt die Einberufung von zwei Reserveklassen zum 4. April.

Egypten.

Kairo, 26. März. Die „Times" meldet von hier bezüglich der Verhandlungen über die Konversion der Daira- und der Domänenanleihen, die egyptische Regierung sei gewillt, andere Garantien anstatt der Ländereien zu geben, beanstande jedoch jede Neuerung, solange die gegenwärtigen kostspieligen Verwaltungen in irgend welcher Form beibehalten werden.

Asien.

Rangun, 24. März. Oberst Le Mesurier meldet, daß er am 18. d. M. ein 400 Mann starkes birmanisches Detachement bei Yindawanyo, auf der Straße von Mahdine nach Yemethen, überrumpelt habe. Die Birmanen verloren 60 Todte und viele Gefangene, sowie alle ihre Kanonen und drei Elephanten.

Amerika.

Washington, 26. März. Schatzsekretär Manning, der kürzlich von einem schlagflußähnlichen Anfall getroffen wurde, dürfte durch seinen Gesundheitszustand genöthigt werden, seine Entlassung zu geben.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 27. März.

Heute ist über das Befinden Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs nachfolgendes Bulletin erschienen:

Der gestrige Tag verlief ruhig bis zum Abend, zu welcher Zeit sich wieder die leichten Athmungsbeschwerden einstellten. Die Nacht war eine sehr gute, mit viel und tiefem Schlaf. Das Fieber erreichte gestern eine etwas größere Höhe und steht auch das Thermometer heute noch etwas höher als an den beiden vorhergehenden Morgen. Die leichte Fiebersteigerung erklärt sich aus der erneuten, wenn auch schwachen rheumatischen Schwellung und Schmerzhaftigkeit einiger Gelenke. Die pleuritischen Befunde unverändert.

Dr. Tenner.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge entgegen und empfing Nachmittags den Staatsminister Turban zu längerem Vortrag, sowie später den Geheimerath Freiherrn von Ungern-Sternberg.

Heute Nachmittag ist Geheimerath Kußmaul wieder hier eingetroffen.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung) vom 23. März. Von Angrenzern der Uhlandstraße wurde um Einführung der Gas- und Wasserleitung in die Straße nachgesucht. Dem Gesuch soll unter folgenden Bedingungen willfahrt werden: 1) Die Angrenzer haben die Kosten der Herstellung der Gas- und Wasserleitungen nach erfolgter Fertigstellung alsbald zu ersetzen, sie werden jedoch ohne Zinsvergütung wieder zurückbezahlt, wenn zwei Dritttheile der Straße ausgebaut und die Häuser mit Gas- und Wasser versehen sind; 2) die Kosten der nothwendig werdenden öffentlichen Beleuchtung sind ebenfalls insolange von den Angrenzern zu tragen, bis der Ausbau der Straße zu zwei Dritttheilen vollendet ist; 3) auf genügenden Wasserdruck in den Häusern kann keinerlei Anspruch gemacht werden. — Nach § 3 der Bestimmungen über die Herstellung der Gehwege anläßlich der Kanalisation übernimmt die Stadt auf Wunsch der Grundeigenthümer auf deren Kosten die Herstellung der Gehwege, falls eine ununterbrochene Strecke von Straßenkreuzung zu Straßenkreuzung oder von mindestens 100 Meter Frontlänge in gleichem Material zur Ausführung gelangt. Es soll dieserhalb eine Bekanntmachung erlassen werden, in welcher der 1. Juni d. J. als Termin bestimmt wird, bis zu welchem von Seiten der Hausbesitzer Gehwegstrecken, deren Herstellung im Laufe dieses Jahres von Seiten der Stadt gewünscht wird, anzumelden sind. — Das städtische Rheinbad zu Maxau wird dem Konsortium Karl Erlenmeier, J. Raber und W. Siegel von Knielingen um die jährliche Summe von 2680 M. auf die Dauer von fünf Jahren in Pacht gegeben. — Für den Schlachthausneubau werden folgende Arbeiten und Lieferungen vergeben: Schlosserarbeiten: an Werner und Kreis, Blechnerarbeiten: an R. Rupp jun., Gußeisenlieferung: Karl Schmidt Söhne in Söllingen, Rinnen- und Bordsteinlieferung: Steinbruchbesitzer Schepp in Pforzheim, Lieferung einer Thurmuhr: an Uhrmacher Rösch, unter der Voraussetzung, daß die Herstellung des Uhrwerks der badischen Uhrenindustrie zukommt. — Die Entwässerungsarbeiten der Gaswerksfiliale werden der Firma Jahn und Söhnlein übertragen. — Die aus der Körberstiftung auf Ostern d. J. verfügbaren Zinsen werden der Allgemeinen Musikbildungsanstalt zugewiesen. — In der Sitzung der Baukommission vom 24. März sind folgende Baugesuche zur Begutachtung gekommen: Rombach, Emil, Heizer, 1 Neubau an der Rüppurrerstraße mit 2 Stockwerken und 16 Zimmern, Gebrüder Kirchenbauer und Daub, 1 Neubau, Wilhelmsstraße 28, mit 3 Stockwerken und 12 Zimmern.

B. (Zur Ausstellung für Handwerkstechnik und Hauswirthschaft), die im Herbst hier stattfindet, haben bis jetzt angemeldet: die Maschinenfabrik Gschwindt u. Cie. hier: eine große Kollektion Werkzeugmaschinen aller Art; Flürscheim u. Bergmann, Eisenwerk Gaggenau: 2 Gasmotoren, 1 Ventilator, 2 Hobelmaschinen, 1 Drehbank, 1 Lochstanze, 2 Saftpressen, 2 Excelsiormühlen, 8 verschiedene Waagen, 1 Exhaustor und verschiedene Haushaltungsmaschinen; J. Rödelheimer in Fulda: 1 Roßhaarzupfmaschine; G. Ott in Ulm: verschiedene Sägen und Höbel; E. Kreiß in Hamburg: 1 Staubsammelapparat und 1 Funkenfänger; M. Uecker in Leipzig: 1 Stickmaschine; J. Weinert in Wien: Fingerhüte mit Mechanik zum Einfädeln des Nähmaterials; J. Peterka in Wien: Küchenmaschinen, Kellereiapparate und verschiedene Messer; W. Stephan in Leipzig: verschiedene Küchenmaschinen; A. Meyer in Breslau: Kunstwetzsteine, Schleifmaschinen u. dergl.; O. Pöhnert in Dresden: verschiedene Küchenmaschinen und Kellereiapparate; A. Rißmann in Berlin: ebenso und außerdem viele optische Gegenstände; A. de Brünfaut in Wien: Glasspinnmaschinen; L. Käppele hier: verschiedene Maschinen zur Wurstbereitung; die hiesige Bäckergenossenschaft: eine nach den neuesten Erfahrungen eingerichtete Bäckerei; G. Hathaway in London: 1 patentirtes Butterfaß; G. Bausch in Cannstatt: Dampfmotoren und Wurstfüllmaschinen. Ferner haben 10 verschiedene bedeutende auswärtige Firmen um Platzreservirung gebeten und definitive Anmeldungen für demnächst in Aussicht gestellt.

≏ **Heidelberg**, 26. März. (Aus dem Bürgerausschuß.) Der einzige Punkt der gestrigen Tagesordnung: „Den Vollzug der Städteordnung in der Stadt Heidelberg betr.", fand sehr bald seine Erledigung, da die betreffende Begründung des stadträthlichen Antrages den Mitgliedern wie früher gedruckt zugegangen war und dieselben somit sich von der Dringlichkeit desselben vorher überzeugen konnten. Der Antrag lautete dahin, daß in Anbetracht der Erkrankung des zweiten Bürgermeisters Sagelsdorff ein zweiter Bürgermeister bis auf weiteres angestellt werden solle, zumal die bevorstehenden Universitätsfestlichkeiten eine außerordentliche Geschäftsvermehrung erheischten, und zwar mit einem Jahresgehalt von 3000 M., aber ohne Pensionsberechtigung. Der Antrag des Stadtrathes lautete: „Der Bürgerausschuß wolle 1. folgendes Ortsstatut genehmigen: „Bis auf weiteres besteht der hiesige Stadtrath aus dem besoldeten Oberbürgermeister, zwei besoldeten Bürgermeistern, von denen übrigens nur einer Pensionsberechtigung hat, und 18 Stadträthen. Sind der Oberbürgermeister und die Bürgermeister durch Krankheit oder andere Ursachen an der Versehung des Dienstes in vorübergehender Weise gehindert, so hat der Stadtrath einem oder mehreren seiner Mitglieder die erforderliche Stellvertretung aufzutragen. Im Falle der Erledigung der Stelle des Oberbürgermeisters oder eines Bürgermeisters durch Tod oder Austritt ist

innerhalb 6 Wochen zu einer neuen Wahl zu schreiten." 2. sich damit einverstanden erklären, daß der Gehalt des zweiten Bürgermeisters bis auf weiteres auf 3000 M. per Jahr festgesetzt werde. Hierzu hatte der Obmann des Stadtverordnetenvorstandes noch folgenden Zusatz beigefügt: „Jedoch behält sich der Bürgerausschuß für den Fall der Erledigung der Stelle des 2. Bürgermeisters durch den Tod oder Austritt desselben vor, die Stelle, wenn es der Geschäftsstand erlaubt, zunächst unbesetzt zu lassen." Sowohl der Antrag selbst als der betreffende Zusatz fanden einstimmige Annahme. Ehe jedoch in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Herr Oberbürgermeister Dr. Wilckens zunächst der Erkrankung Seiner Königl. Hoheit des Erbgroßherzogs und schlug die Absendung eines Telegramms an Seine Königl. Hoheit den Großherzog vor, welches einstimmige Annahme fand.

Noch Abends lief bei Herrn Dr. Wilckens folgende telegraphische Antwort ein:

„Ich ersuche Sie, den Mitgliedern des Bürgerausschusses der Stadt Heidelberg meinen wärmsten Dank für die freundliche Theilnahme zu sagen, welche Sie mir in deren Namen in so werthem Ausdruck übermittelt haben. Wir sind Alle tief gerührt von diesem wohlthuenden Beweis treuen Mitgefühls an unserer großen Sorge.

Friedrich. Großherzog."

♪ **Offenburg**, 26. März. (Landwirthschaftliche Winterschule.) Nächsten Dienstag findet in der landwirthschaftlichen Winterschule dahier die öffentliche Prüfung statt, welcher in üblicher Weise vom Aufsichtsrathe der Anstalt ein Jahresbericht vorangeschickt wird. Es ist das neunzehnte Schuljahr, über welches der Bericht referirt. Der Unterricht wurde von 14 Schülern besucht, 2 Schüler nahmen zum zweitenmal am Unterricht theil. Die Vertheilung auf die Bezirksämter ist folgende: Offenburg 5, Lahr 5, Kehl 2, Oberkirch 2. Den Schülern wird im allgemeinen das Zeugniß eines befriedigenden Fleißes und eines guten Betragens gegeben. „Immer wieder," so heißt es in dem Bericht, „muß darauf hingewiesen werden, daß ein zu jugendliches Alter die Wirkungen des Unterrichts auf den spätern Beruf weit weniger zu Tage treten lassen wird, als wenn der Schüler in etwas vorgeschrittenem Alter den Unterricht besucht." Die Stadtgemeinde Offenburg hat der Schule ein weiteres Lokal zur besseren Aufstellung des Inventars bezw. zur Abhaltung des Unterrichts für Schüler, welche die Anstalt zum zweitenmal besuchen, zugewiesen. Auch ließ die Stadt erhebliche Verbesserungen des Schulinventars auf ihre Kosten vornehmen. Gegenstände der Prüfung sind: Deutsche Sprache, Geographie, Rechnen, Geometrie, Acker- und Pflanzenbau, Thierärztlicher Unterricht, Bienenzucht und Thierzucht. Was den Wiederbeginn der Schule betrifft, so beginnt das neue Schuljahr den 3. November d. J. Das Schulgeld beträgt 10 Mark. Es kann weniger Bemittelten und solchen Schülern, welche die Schule zum zweitenmal besuchen, erlassen werden. Unbemittelten Schülern, welche die Schule mit Erfolg besuchen, können Beiträge zu den Kosten in Aussicht gestellt werden. Schüler, welche noch fortbildungsschulpflichtig sind, erhalten bei Vorlage guter Zeugnisse von der Großh. Kreisschulvisitatur Befreiung vom weiteren Besuch der Fortbildungsschule. Anmeldungen sind direkt oder durch Vermittlung des Bürgermeisteramts an den Vorstand, Landwirthschaftsinspektor Magenau, zu richten.

Vom Bodensee, 26. März. (Viehmärkte. — Kunstdünger.) Unsere Viehmärkte heben sich mehr und mehr. Der letzte Markt in Engen war mit 484 Rindern und 153 Schweinen befahren. Der Handel in Großvieh war ein ganz bedeutender und gingen größere Transporte schwerer Arbeitsochsen nach der Schweiz und Köln ab. Ochsen galten 280—450 M., Kühe 205—235 M. per Stück, Läufer 44—64 M., Ferkel 24—34 M. per Paar. Dem Markt in Pfullendorf wurden 740 Stück Rindvieh, 250 Pferde und 321 Schweine zugeführt. Verkauft wurden ⅔ der zugeführten Thiere und dafür sehr hohe Preise bezahlt. Ochsen galten 200—465 M., Kühe 110—350 M., Jungvieh 80—220 M. per Stück. Schweine wurden gänzlich ausverkauft. Für Läufer bezahlte man 40—76 M. Auch bei Pferden, die in schönen Exemplaren aufgestellt waren, ging der Handel sehr gut. — Auf der Eisenbahnstation Stockach trafen jüngst 1600 Ztr. Kunstdünger — großentheils aus Biebrich — in Säcken à 50 Kilo verpackt, ein, welche von verschiedenen Gemeinden des Amtsbezirks bestellt worden waren.

△ **Konstanz**, 26. März. (Fernsprechanstalt. — Stadtgarten. — Witterung.) Heute früh traf hier die Nachricht ein, daß der Staatssekretär des Reichspostamts die Errichtung einer Stadt-Fernsprechanlage in Konstanz genehmigt hat. Mit der Ausführung der Anlage dürfte demnächst begonnen werden. Bei der auseinandergezogenen Lage unserer Stadt auf beiden Ufern des Rheins beziehungsweise des Seezipfels ist eine Fernsprechanlage für uns dringenderes Bedürfniß als für manchen größeren Platz. Es ist anzunehmen, daß die Einrichtung sich sehr bald einleben und vom Publikum ausgiebig benutzt werden wird. — Das Projekt des Kurvereins, im Stadtgarten einen Musikpavillon zu erstellen, nimmt mehr und mehr greifbare Gestalt an. Um den günstigsten Platz für den Pavillon durch praktische Anschauung herauszufinden, war dieser Tage ein Profil des beabsichtigten Baues aufgestellt, und zwar auf dem einen der in den See vorspringenden Rondells. Man überzeugte sich leicht, daß dieser Platz nicht der richtige sei, und wird den Pavillon vielmehr weiter nach der Mitte des Stadtgartens zu, da, wo im letzten Sommer die Musik bei den allabendlichen Konzerten ihre Aufstellung zu nehmen pflegte, errichten. — Der Frühling scheint bei uns jetzt definitiv die Herrschaft übernommen zu haben.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 27. März. 50. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Friderich.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Geheimerath v. Seyfried, Ministerialrath Zittel, Ministerialrath Dr. Schenkel.

Die Petitionen werden der Kommission für Straßen und Eisenbahnen überwiesen.

Der Präsident theilt mit, daß seitens des Präsidiums der Ersten Kammer die Nachricht eingekommen sei, daß jenes Hohe Haus den Gesetzentwurf, betr. die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln, nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer angenommen, im Anschlusse hieran in Titel VIII des außerordentlichen Etats des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts 406,000 Mark zur Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener für 1887 bewilligt und die Budgets des Finanzministeriums, des Staatsministeriums und der Badanstalten genehmigt habe.

Der Vorsitzende macht weiter die Mittheilung, daß mit Schreiben des Präsidenten des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts mehrere Exemplare einer Anleitung zur landwirthschaftlichen Buchführung für Fortbildungsschulen dem Hause zur Verfügung gestellt worden seien.

Abg. Sieber hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Das Haus tritt sodann in die Berathung folgender Petitionen ein:

1) Bitte der Gemeinden Mingolsheim und Kronau um Errichtung einer Güterstation in Mingolsheim (Berichterstatter: Abg. Osiander);

2) Bitte der Gemeinden Ober- und Untergrombach, Büchenau, Stafforth, Neuthard und Spöck, das Anhalten von Personenzügen an Station Untergrombach betr. (an Stelle des abwesenden Abg. Sieber fungirt der Vorsitzende der Petitionskommission, Abg. Frey, als Berichterstatter);

3) Bitte mehrerer Bürger von Karlsruhe, den Bahnübergang an der Gartenstraße betr. (Berichterstatter: Abg. Junghanns);

4) Bitte des Josef Singler in Lahr und Genossen, die Herabsetzung der Hundesteuer betr. (Berichterstatter: Abg. Meyr);

5) Bitte des Müllers Göll von Bruchsal, den widerrechtlichen Betrieb der Schneidemühle der v. Glaubitz'schen Erben betr. (Berichterstatter: Abg. Krafft);

6) Bitte des Johann Georg Behringer von Auggen um Rechtshife (Berichterstatter: Abg. Junghanns).

Die unter 1) genannte Petition wurde der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen, bezüglich der übrigen beschloß das Haus zur Tagesordnung überzugehen. Ein zu der unter Ziff. 5 bezeichneten Petition von den Abgg. Schmitt (Bruchsal), Nopp und Maurer gestellter Antrag, das Hohe Haus möge beschließen, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Außer den Berichterstattern sprachen zu 1) der Abg. Nopp und Ministerialrath Zittel, zu 2) die Abgg. Kirchenbauer, Schneider, Schmitt (Bruchsal) und Ministerialrath Zittel, zu 3) die Abgg. Kiefer, Frey und Ministerialrath Zittel, zu 4) die Abgg. Förderer, Roder und Frech, zu 5) die Abgg. Schmitt, Junghanns, Nopp, Kiefer und Ministerialrath Dr. Schenkel. Zu 6) ergriff niemand das Wort.

Nach Berathung der unter 3) genannten Petition zogen sich die Abtheilungen auf kurze Zeit zurück, um die Mitglieder für die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Aufnahme der als Staatsdiener angestellten evangelischen Geistlichen in den Civilwitwenfiskus, zu wählen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verkündete der Vorsitzende, daß die Abgg. Strübe, Däublin, Klein, Kern und Fieser zu Mitgliedern der genannten Kommission gewählt seien. Nachdem das Haus auf Antrag des Abg. Gönner beschlossen, die Kommission um 2 weitere Mitglieder zu verstärken, wurden die Wahlen im Laufe der Sitzung vorgenommen und hierbei die Abgg. Frech und Winterer zu weitern Miegliedern der Kommission bestellt. Um 12¼ Uhr wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Ausführlicher Bericht wird nachfolgen.

** 17. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag, den 30. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1886/87, Tit. VIII außerordentlicher Etat § 6 (Beitrag zu den Kosten der Wasserversorgung des badischen Heubergs); Berichterstatter: Hofrath Dr. Birnbaum; 3) desgleichen über den Nachtrag zu dem auf dem Landtag 1875/76 genehmigten Regulativ für das Diensteinkommen verschiedener Dienerkategorien; Berichterstatter: Geheimerath Dr. Knies; 4) desgleichen über das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1886 und 1887; Berichterstatter: Geheimerath Dr. Knies; 5) desgleichen über die Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues und der darauf verwendeten Mittel in den Jahren 1884/85 und den Entwurf des Eisenbahnbaubudgets für die Jahre 1886 und 1887; Berichterstatter: Geheimerath Zimmer.

** 51. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 29. März, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Gewerbsteuergesetzes betr.; Berichterstatter: Abg. Winterer. 3) Desgleichen des Berichts der Petitionskommission über die Petitionen der nichtbürgerlichen Einwohner einer größeren Anzahl von Gemeinden, um geringere Heranziehung zu den Gemeindelasten bezw. um Gewährung des gleichen Wahlrechts wie die Ortsbürger; Berichterstatter: Abg. Winterer. 4) Desgleichen des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Aenderung und Ergänzung des badischen Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch betr.; Berichterstatter: Abg. Bassermann.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 27. März. Der Reichstag setzte heute die zweite Berathung der Vorlage über das Branntweinmonopol fort. Abg. v. Vollmar verwahrt die sozialdemokratische Partei gegen den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit; dieselbe sei nicht reichsfeindlich, sondern wolle die Festigung des Reichs durch die Zufriedenheit des Volks. v. Kardorff bezeichnet es als unerhört, daß die Kommission die Vorlage nicht auf das Sorgfältigste geprüft habe. Er beantragt die Rückverweisung der Vorlage an die Kommission und namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Buhl erklärt sich bereit, für den Antrag Kardorff zu stimmen, wenn auch das Zentrum der erneuten eingehenden Berathung der Vorlage zustimme. (Während dieser Rede ist Fürst Bismarck in den Saal getreten.)

Bei Schluß der Sitzung wird der Antrag Kardorff auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission durch namentliche Abstimmung mit 181 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Die beiden ersten Paragraphen der Vorlage werden mit 181 gegen 3 St. (37 enthielten sich der Abstimmung) und sodann alle übrigen Paragraphen debattelos abgelehnt. — Montag: Kleine Vorlagen.

Charleroi, 27. März. Aus Chatelet ist das dringende Ersuchen um Hilfe gegen die Ausschreitungen der Streikenden hergelangt. Die Streikenden fahren fort, die Fabriken zu plündern.

Aus Chateau Oultramont bei Presles, aus Marchienne, sowie Monceau werden Verwüstungen und Brandstiftungen gemeldet. In Lambert-Villette fand ein Zusammenstoß zwischen den Streikenden, der Artillerie und der Bürgergarde statt.

St. Petersburg, 27. März. Dem „Regierungsanzeiger" wird aus Burgas vom 9. d. M. geschrieben: das türkisch-bulgarische Abkommen befriedige weder die Opposition, noch die Regierungspartei, die Lokalbehörde sei deßhalb von der Regierung in Sofia angewiesen, die Unzufriedenen zu beobachten und deren Agitation unter der Landbevölkerung zu unterdrücken.

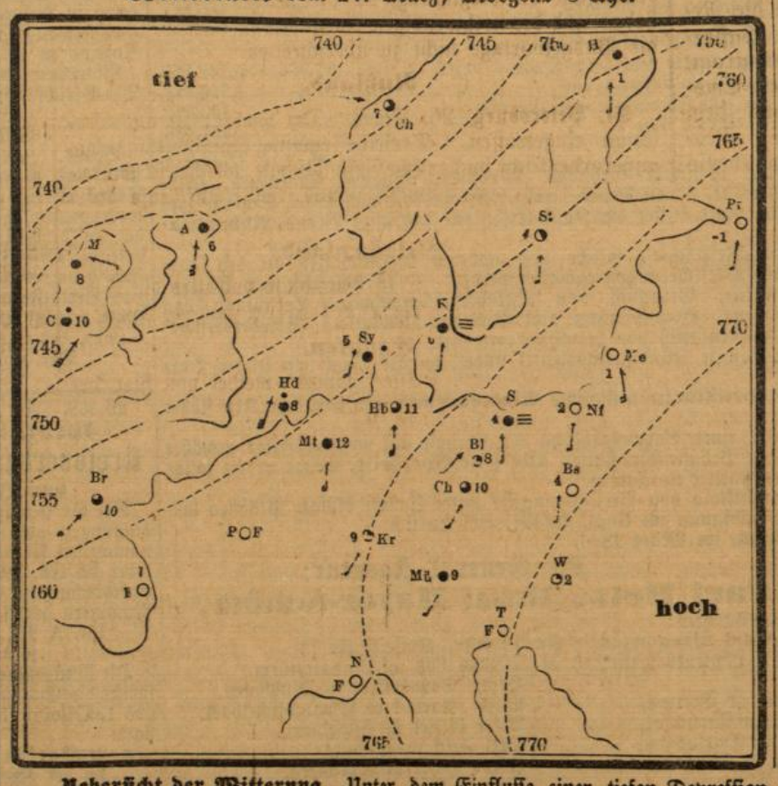
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Sonntag den 28. März. 44. Ab.-Vorst.: **Das Rheingold**, in 1 Aufzug, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 27. März, Mrgs. 3.91 m, gestiegen 5 cm.

Wetterkarte vom 27. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Unter dem Einflusse einer tiefen Depression nordwestlich von Schottland wehen über Großbritannien und dem Nordseegebiet starke südliche und südwestliche Winde, während Südosteuropa von einem barometrischen Maximum eingenommen ist. Im südlichen Nordseegebiet ist Regenwetter eingetreten, während im übrigen Centraleuropa die ruhige heitere und trockene Witterung bei meist steigender Temperatur noch fortdauert. In Deutschland liegt die Temperatur über der normalen, im Westen 2 bis 7 Grad. Die oberen Wolken ziehen über der deutschen Küste aus Westsüdwest, über Südwestdeutschland aus Nord bis Südost. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 27. März 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	105.65	Staatsbahn	206.40
4% Preuß. Cons.	105.45	Lombarden	99¾
4% Baden in fl.	103.90	Galizier	169.—
4% „ in M.	104.70	Elbthal	134.40
Oester. Goldrente	92.85	Mecklenburger	180.30
„ Silberr.	69.40	Mainzer	96.60
4% Ungar. Goldr.	84.—	Lübeck-Büchen Hb.	158.70
1877r Russen	98.—	Gotthard	107.10
1880r „	88.90	**Loose, Wechsel ꝛc.**	
II. Orientanleihe	63.10	Wechsel a. Amst.	169.37
Italiener	97.90	„ „ Lond.	20.40
Egypter	69.10	„ „ Paris	81.15
Spanier	57.50	„ „ Wien	162.05
5% Serben	81.80	Napoleonsd'or	16.21
Banken.		Privatdisconto	2⅛
Kreditaktien	242.30	Bad. Zuckerfabrik	88.50
Disconto-Commandit	220.20	Alkali Wester.	—
Basler Bankver.	159.50	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	140.50	Kreditaktien	241.70
5% Serb. Hyp. Ob.	81.40	Staatsbahn	206.40
		Lombarden	99.40
		Tendenz: matt.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	501.50	Kreditaktien	300.90
„ Staatsbahn	414.—	Marknoten	61.60
Lombarden	203.—	Tendenz: —.	
Disco.-Comman.	220.60	**Paris.**	
Laurahütte	77.80	4½% Anleihe	108.85
Dortmunder	53.40	Spanier	57⅝
Marienburger	56.—	Egypter	348.—
Böhm. Nordbahn	—.—	Ottomane	531.—
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

Todesanzeige.

B.483. Engen. Tieferschüttert machen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Mittheilung, daß uns unser innigstgeliebter, unvergeßlicher Gatte, Vater, Schwager und Onkel

Theophil Schneider,
Buchdruckereibesitzer,

heute Vormittag 11 Uhr nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 48 Jahren durch den Tod entrissen wurde.

Um stille Theilnahme bitten,
Engen, den 25 März 1886,

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 28. März, Nachmittags 3 Uhr, statt.

Todesanzeige.

B.491. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß gestern Nachmittag 5 Uhr unser innigst geliebter Gatte und Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Otto Rettich

nach kurzem aber schwerem Leiden im Alter von 37½ Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Theilnahme bitten,
Maursmünster, Oberbiegelhof, } 26. März 1886,

Die trauernden Hinterbliebenen.

W.356. In **Carl Winter's Universitätsbuchhandlung** in **Heidelberg** ist soeben erschienen:
Heraklit von Ephesus u. Arthur Schopenhauer.
Eine historisch-philosophische Parallele von **Gottlob Mayer.**
gr. 8°. brosch. 1 M.

B.495.1. Pforzheim.

Bekanntmachung.

In unserer Verwaltung ist die Stelle eines **Registrators** vakant. Gehalt bis zu 2000 Mark. Nur nachweisbar tüchtige, mit der Kommunal-Registratur vertraute Personen wollen sich melden.

Pforzheim, den 16. März 1886.

Der Stadtrath.
Kraatz.

Frey.

T.619.12. **Karlsruhe.**

Civil-Uniformen

für Hof- und Staatsbeamte, sowie **Lieferung der ganzen Ausstattung** werden auf das feinste und sorgfältigste ausgeführt bei

F. G. Brückner Sohn,
Hofkleidermacher.
Preisverzeichniß zu Diensten.

W.179.3.

Rationell. Solid. Billig!

Normal-Schulbänke.

Allen **Gemeinden** und **Lehranstalten** dringend empfohlen!
Franco-Lieferung. Prospecte gratis.
Carl Elsaesser, Schulbankfabrik
Schönau bei Heidelberg.

Landhaus.

W.341.2. In Kappelrodeck, 1 Wegstunde von Station Achern (Baden), ist ein einfach, aber vollständig eingerichtetes Landhaus mit schattigem Garten und angrenzendem, gut verpachteten Acker gegen Baarzahlung zu verkaufen. 3 Parterrezimmer, 2 Giebelzimmer, 4 Kammern, Küche, Keller. Preis 8800 Mark (ohne Acker 7500). Näheres bei Frau Professor Schmidt, Straßburg, Kalbsgasse 6. — Besichtigung durch Herrn Vogt in Kappelrodeck (Gasthaus zum Ochsen).

Landhaus am Bodensee

(Württemberg) neu hergerichtet, großer Garten, Badhaus am See u. s. w., prachtvolle Aussicht, **preiswürdig zu verkaufen**, eventuell **zu vermiethen.** Franco Offerten sub P. K. 742 durch **Haasenstein & Vogler** in **Frankfurt a. M.** W.275.4.

Zu verkaufen

habe ich im Auftrage ein guterhaltenes, **2—2½pferdiges Locomobile** mit Blechkannen und allem Zubehör.

Julius Leh, Mechaniker,
W.344.2. **Bruchsal.**

T.193.17.

ASTHMA
Indische Cigaretten
mit Canabis indica-Basis
von **GRIMAULT & Cie**
Apotheker in Paris

Durch Einathmen des Rauches der **Canabis-indica-Cigarretten** verschwinden die heftigsten **Asthmaanfälle, Krampfhusten, Heiserkeit, Gesichtsschmerz, Schlaflosigkeit** und wird die **Halsschwindsucht**, sowie alle Beschwerden der Athmungswege bekämpft.

Jede Cigarrette trägt die Unterschrift
GRIMAULT & Cie.
Niederlage in allen größeren Apotheken.

Gasthaus-Verkauf.

B.380.3. In einer größeren Amts- u. Fabrikstadt Badens ist weg. Kränklichkeit der Frau des Besitzers ein sehr frequentes Gasthaus unter außerordentlich billigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei dem Bevollmächtigten: **Th. Paul jun.**, Agent in **Mannheim.**

Newyorker „Germania, Lebens-Vers.-Ges.".

W.200.3.

Europäische Abtheilung, Leipziger Platz 12, im eigenen Hause in **Berlin.**

Special-Verwaltungs-Rath für Europa: } **Ed. Frhr. v. d. Heydt, H. Hardt, H. Marcuse, Carl Sander, Herm. Rose,** General-Director.

Versicherungen in Kraft: 23,338 Policen für ℳ 169,914,936
davon **in Europa:** . . . . . 11,162 „ „ „ 58,121,436

Total-Activa am 1. Januar 1886: ℳ 48,812,890. **Vermehrung der Activa** in 1885: ℳ 2,667,16
Reiner Ueberschuß einschl. Sicherheits Capital: „ 6,345,213. **Jährliches Einkommen:** über „ 9,000,00

Activa in Europa:
- **Grund-Eigenthum in Berlin: Mark 1,161,856**
- **Depositum in Deutschland: „ 2,984,435**
- **Darlehen auf Policen: „ 493,122**

} **Mark 4,639,413.**

Neben der Sicherheit, welche der blühende Zustand der Gesellschaft selbst gewährleistet, reducirt die hohe, durchaus sichere Verzinsung der Capitalien und die **Rückgabe des ganzen Ueberschusses** an die Versicherten die Netto-Kosten der Versicherung für Jeden auf das möglichste Minimum. Dividenden-Bezug beginnt schon **zwei Jahre** nach Zahlung der ersten Prämie. — Nähere Auskunft ertheilt:

Peter Mutter, General-Agent in **Freiburg.**
Eug. Rennhof, „ „ **Frankfurt.**
Franz Weber, „ „ **Darmstadt.**
Ed. Schwandner, „ „ **Stuttgart.**
Ernst Giesker, „ „ **Zürich.**

Vertreter in Karlsruhe: L. Nussbaumer, Oberstl. a. D., Rüppurrerstraße 4.

W.297.2.

Mädchen-Pensionat
von
Frau Professor Nickles Wwe.,

Karlsruhe, 71 Bismarckstraße.

Vollständiger Unterricht im Hause, **Wiederbeginn desselben den 28. April.** — Uebung in den fremden Sprachen mit Ausländerinnen. Auf Wunsch Anleitung im Haushalt. — Sorgfältige körperliche Pflege. — Garten und Badezimmer. — **Prospekte durch die Vorsteherin.**

W.367.1. **Freiburg.** Die statutengemäße

General-Versammlung
der Hilfsanstalt der Großh. Badischen Notare

findet am

Sonntag dem 9. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr,

im kleinen Rathhaussaale hier statt.

Gegenstände der Tagesordnung sind:
1. Vorlage der Rechnungen.
2. Revision der Statuten gemäß § 38 derselben, insbesondere Antrag auf Aenderung der §§ 13 Abs. 1, 23—25 u. 27 Abs. 1.
3. Neuwahl der Anstalts-Beamten.

Freiburg, den 26. März 1886.

Der Direktor:
L. Müller.

B. Schlerath.

Bezirks-Sparkasse Staufen.
Bekanntmachung.

Mit Zustimmung des Verbandsausschusses haben wir den Zinsfuß für alle Einlageguthaben **vom 1. Juli 1886 an** von 4 auf **3½** Prozent herabgesetzt, wovon wir die verehrlichen Einleger hiemit benachrichtigen.

Staufen, den 11. März 1886.

Der Verwaltungsrath.

B.287.3. **J. Brodbeck.** F. Bischoff.

Feuerversicherungs-Anstalt
der
Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Geschäfts-Ergebnisse pro 1885.

Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut des vorjährigen Rechenschaftsberichtes am Schlusse des Jahres 1884 in Kraft mit	ℳ	1'633,873,673.
erhielt im Jahre 1885 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von . .	„	44,620,827.
betrug somit Ende Dezember 1885	ℳ	1'678,494,500.
Für **Brand-Entschädigungen** wurden in **968** Brandfällen verausgabt	ℳ	838,865.
und seit dem Bestehen der Anstalt	ℳ	23,102,554.

Deckungsmittel sind:

Das **baar eingezahlte** Garantie-Kapital von	ℳ	5,142,857.
Der completirte **Reservefond** von	„	1,714,286.
Die Reserve für unvorhergesehene Fälle von	„	100,000.
Die **Prämienreserve** von	„	757,436.
	ℳ	7,714,579.

Die Bank versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh 2c. 2c. gegen Feuer- und Blitzschaden (auch kalten Schlag) zum **vollen** Werthe; auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande **Abhandengekommene.**

Die Erleichterungen, welche von anderen Gesellschaften bei den landwirthschaftlichen Versicherungen gewährt werden — (Versicherung nach Gattungen, Freizügigkeit, Gebrauch von Dampfdreschmaschinen, Vergütung von Explosionsschäden, Heranziehung von Vertrauensmännern, Schoberversicherung 2c. 2c), werden auch von der Bank gewährt.

Die sogenannte Kündigungsklausel findet bei der Bank (wie seither) keine Anwendung.

Eine in **vornhinein** bestimmte **Abminderung** der Erntevorräthe findet nicht statt.

Im Falle einer Vorauszahlung der Prämie auf mehrere Jahre gewährt die Bank bei der Prämienberechnung **alle jene Vortheile,** welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen.

Zur Vermittlung von Versicherungen, unter Zusage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle, erbieten sich

Mannheim, im März 1886,

Die General-Agentur:
Carl Betz, Firma: Mayer-Schütz,

und die Bezirks-Agenten:

Karl Bregenzer in **Karlsruhe,** Kaiserstraße 76,
R. W. Schmid, Lichtenthalerstr. 13 in Baden,
Joseph Zengerle in Bretten,
Theodor Berker in Bruchsal,
Leo Schneider in Daxlanden,
Gottlieb Huber in Durlach,
Franz Götz in Flehingen,
C. Schönthal in Friedrichsthal,
Adolph Bach in Gernsbach,
Karl August Zoberst in Knielingen,
Jak. Seiter in Langensteinbach,
Karl Fr. Stern in Leopoldshafen,
Jakob Bihn in Menzingen,
Dionys Lutz in Mungenstorm,
Heinr. Dannheimer in Mühlburg,
Wilh. Norlock in Obermutschelbach,
Peter Geisel in Pforzheim,
Karl Frick in Rastatt,
Jakob Höfel in Spielberg,
Michael Götz in Steinmauern,
Max Woll in Stettfeld,
Michael Haas in Tiefenbronn,
J. Rosenbusch in Weingarten,
Albert Mayer in Wiesenthal,
Heinr. Lindenmeier in Wössingen.

W.338.2.

C. J. Böhringer, Ingenieur
B.482. **in Heilbronn a. N.,**

liefert unter jeder Garantie:

Continuirliche Backöfen mit rauchverzehrender Unterzugs-Kanalheizung, gut dampferzeugend und dampfhaltend, für jede Gebäckart, sowie für jeden Geschäftsbetrieb geeignet.
16 Oefen in Deutschland, Oesterreich und Italien mit bestem Erfolge im Betriebe; 3 Oefen besitzt allein Herr A. Seidl, Hofbäckermeister in München.

Armaturen für Backöfen mit verbesserter Innenfeuerung; liefere auch Zeichnungen zum Bau solcher Oefen.

Etagendarren mit Jalousiehorden, D. R. P., für Malz, Cichorie, Obst, Kartoffeln 2c.

Trockenanlagen für alle gewerblichen Zwecke, insbesondere für Gerberei, Färberei, Hopfen 2c.

Windbrechende Rauch- und Dunstfänger für Kamine und Ventilationsschlote.

Central-Luftheizungs- u. Ventilations-Anlagen mit meinen neu construirten, unübertrefflichen Heizapparate, rauchverzehrender Feuerung und Luftbefeuchtung.

Prospekte und Zeugnisse gratis.

Fabrikation meiner Apparate bei den Herren Gebrüder Benckiser in Pforzheim.

Bürgerliche Rechtspflege
Konkursverfahren.

B.496. Nr. 8653. Pforzheim. Ueber das Vermögen des Nachlasses des Grünbaumwirths Georg Martin Baier von Niefern wurde am 25. März 1886, Vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Rechnungssteller G. Kramer hier zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Mai 1886 bei dem Gerichte anzumelden.

Zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist auf

Mittwoch den 14. April 1886,
Vormittags 9 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 11. Mai 1886,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Mai 1886 Anzeige zu machen.

Pforzheim, den 25. März 1886.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Sigmund.

Bekanntmachung.

B.494. Lahr. In dem Konkurse über das Vermögen der Strohstoff-Fabrik Seelbach soll Schlußvertheilung vorgenommen werden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt **125,692 ℳ 87 ₰**; davon sind bevorrechtigt **10 ℳ 50 ₰**; der zur Vertheilung verfügbare Massebestand beträgt **12,005 ℳ 88 ₰**

Lahr, den 24. März 1886.

Der Konkursverwalter:
Liebl.

W.368. Nr. 644. Karlsruhe.

4proz. Anlehen des Kreisverbandes Karlsruhe
vom Jahre 1881.

Bei der gemäß § 6 der Anlehensbedingungen am 19. März d. J. vorgenommenen Ausloosung der auf 1. Oktober ds. Js. heimzuzahlenden Schuldverschreibungen wurden folgende zwei Nummern gezogen:

Lit. A Nr. 47 und Nr. 137,
je à 1000 ℳ

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Coupons findet statt:

a. in **Karlsruhe:**
bei der Kreiskasse,
„ dem Bankhause Strauß & Cie.,
b. in **Frankfurt a/M.:**
bei dem Bankhause „Deutsche Effekten- und Wechselbank".

Karlsruhe, den 26. März 1886.

Kreisausschuß des Kreises Karlsruhe.
Boeckh.

W.372.1. Nr. 1206. Villingen.

Großherzogl. Staats-Eisenbahnen.
Vergebung von Hochbauarbeiten.

Höherem Auftrage gemäß sollen die nachfolgend aufgeführten Arbeiten für die Erweiterung des Aufnahmsgebäudes der Station Triberg in öffentlicher Submission vergeben werden:

Arbeiten	Anschlag
1. Maurer- und Steinhauer-	3406 ℳ 62 ₰
2. Zimmer-	2388 „ 49 „
3. Schreiner-	1245 „ 41 „
4. Glaser-	133 „ 46 „
5. Schlosser-	556 „ — „
6. Blechner-	504 „ 08 „
7. Schieferdecker-	425 „ 64 „
8. Anstreicher-	1000 „ 35 „
Im Ganzen	9660 ℳ 05 ₰

Die Angebote sind entweder für die einzelnen Bauarbeiten und Lieferungen, oder aber für's Ganze zu stellen und längstens bis zum

5. April d. J., Vorm. 9 Uhr,

schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, anher einzureichen, zu welcher Zeit die Einläufe geöffnet werden.

Das Auf- und Abbieten nach Prozenten des Voranschlages findet nicht statt.

Die Pläne und Bedingungen liegen in dem diesseitigen Geschäftszimmer zur Einsicht auf.

Villingen, den 26. März 1886.

Der Großh. Bahnbauinspektor.

Cementröhrenlieferung.

W.358.2. **Gr. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion Lörrach** vergibt den Bedarf an Cementröhren für die Jahre 1886 und 1887 im Soumissionswege. Angebote auf Stückgut-, halbe u. ganze Wagenladungs-Sendungen frei auf die Stationen Müllheim, Lörrach, Schopfheim, Zell und Brennet sind bis zum **5. April d. J., Vormittags 9 Uhr,** hierher einzusenden. Bedingungen liegen zur Einsicht auf.

W.371.1. Nr. 3498. Mosbach. Bei der Kanzlei der Großh. Staatsanwaltschaft Mosbach ist die Stelle eines Dekopisten zu besetzen. Bewerber um dieselbe wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden.

Mosbach, den 24. März 1886.

Der Staatsanwalt
am Gr. bad. Landgericht Mosbach:
Dürr.

W.373. Nr. 5521. Emmendingen. Bei diesseitigem Amte ist die Stelle des II. Aktuars mit einem Gehalte von jährlich 1050 ℳ alsbald zu vergeben. Luftragende werden veranlaßt, sich längstens bis zum 10. k. M. unter Vorlage ihrer Zeugnisse dahier zu melden, doch kann nur ein im Militärwesen gedienter Bewerber Berücksichtigung finden.

Emmendingen, 27. März 1886.

Großh. bad. Bezirksamt.
v. Theobald.

L. z. Tr. W.362.2.
29. III. 7½ Ab.
Vortr. m. Schw.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)